



OSTALBKREIS

„Neue Perspektiven – neue Kraft“

**Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltes
für das Haushaltsjahr 2026 am 4. November 2025**

Bei der diesjährigen Haushaltsrede für den Haushalt des Ostalbkreises 2026 könnte ich es mir aufgrund der öffentlichen Diskussion zur Finanznot der Landkreise sowie der Städte und Gemeinden sehr einfach machen und wir bringen lediglich über Herrn Finanzdezernenten Kurz unsere Zahlen ein und verweisen im Übrigen auf die schwierige Finanzsituation von Landkreisen und Städten und Gemeinden, die nun auch erstmals von der Bundes- und vor allem von der Landespolitik öffentlich anerkannt wird. Wir müssen dann nur noch die Kreisumlage festlegen. Ein Prozess, bei dem der eine mehr, der andere weniger im Kreistag seine städtischen und gemeindlichen Sorgen/Probleme in die Kreisumlage-Debatte einbringt und dementsprechend beim Landkreis im Kreishaushalt aus Sicht der Kreisumlage einen „Spielraum“ erkennt. Und das war's dann!

Oder doch nicht? Nein, das würde sicherlich nicht reichen. Denn der Kreishaushalt und die Debatte zum Kreishaushalt sind eben nicht nur ein Zahlenwerk, sondern vor allem auch ein inhaltliches Signal. Nach außen, an die Wirtschaft, die Leistungserbringer/-innen und Leistungsbezieher/-innen sozialer Transferleistungen, die Nutzer/-innen und Anbieter/-innen von ÖPNV-Leistungen, die

Patientinnen und Patienten der Klinken sowie unserer Tochterbetriebe/Beteiligungen und vor allem gegenüber den 320.000 Einwohnerinnen und Einwohner des Ostalbkreises, die wissen wollen, wie der Landkreis auf die aktuellen Herausforderungen reagiert und die eine funktionierende Landkreisverwaltung benötigen. Aber natürlich auch nach innen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landkreisverwaltung sowie bei den Kliniken.

Welche Signale wollen wir bzw. will ich als Landrat über die Finanzen hinaus senden? Im Sommerinterview hatte ich selbst ein sehr düsteres Bild gezeichnet und zwar, dass unser gesamtes System, ja sogar unsere Demokratie gefährdet ist, wenn sich nicht endlich etwas bei den Landkreisfinanzen tut und v. a. die „große Politik“ nicht endlich die wichtigen politischen Themen und v. a. die anstehenden Strukturfragen mit großer finanzpolitischer Relevanz, wie z. B. die Finanzierung des Sozialstaates und der Kliniken, angeht.

Inzwischen haben Bund und Land auf den massiven Druck und v. a. die massive Unterfinanzierung mit zusätzlichen Geldern reagiert. Hierfür sind wir dankbar und ja, die Gelder helfen. Aber: Es sind eben nur kurzfristige Maßnahmen und sie verschaffen uns lediglich ein bisschen Luft bzw. Zeit. Doch sie ändern nichts daran, dass eine strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden und auch des Landkreises besteht und dass diese nur durch wirkliche Veränderungen beseitigt werden können. Hat die Politik, haben wir als Wählerinnen und Wähler die Kraft hierzu? Was heißt das nun für uns? Doch ein düsteres Bild? Ich bin inzwischen aber der Überzeugung, dass ein solches kritisches/düsteres Bild nur denjenigen in die Karten spielt, die politisch nahezu ausschließlich von dieser Unzufriedenheit leben. Wenn der längst angekündigte und überfällige „Ruck“ von oben noch ausbleibt, muss dieser bzw. kann dieser doch vielleicht auch von unten kommen. Aus der Gesellschaft, aus der Wirtschaft und seinen

Betrieben sowie aus dem Ostalbkreis, d. h. dem Landkreis und seiner starken kommunalen Familie. Um diesen „Ruck“ zu erzeugen, braucht es natürlich nicht nur Worte, sondern auch Taten. Doch in erster Linie braucht es auch eine neue Perspektive. Veränderung als Chance und nicht nur als Krise. Dies geht nur, wenn wir offen, positiv, kreativ und v. a. mutig sowie entscheidungsfreudig an die Herausforderungen herangehen. Mit dieser **neuen Perspektive** lassen sich vielleicht die Themenstellungen besser oder zumindest mit **neuer Kraft** angehen.

So z. B. bei den gesellschaftlichen Veränderungen. Warum ist es schlimm und nicht etwas Wunderbares, dass wir nun alle älter werden. Warum beklagen wir, dass im Jahr 2026 z. B. weiblich Geborene vermutlich nun realistische Lebenserwartungen von nahezu 100 Jahren haben? Das ist doch positiv! Statt hoher Kindersterblichkeit, Kriegen, Seuchen oder Lebenserwartungen, die noch 1900 durchschnittlich gerade einmal 48 Jahre bei Mädchen und 45 Jahre bei Jungen oder die 1950 noch durchschnittlich 68 Jahre bei Mädchen und 63 Jahre bei Jungen aufwies. Natürlich müssen wir dann aber auch im Gegenzug die bisherigen Rahmenbedingungen ändern, natürlich muss sich auch dort etwas verändern. Wir müssen das Verhältnis bzw. die Zeiträume von Ausbildung, Arbeit und Rente neu definieren. Wir müssen uns damit befassen, dass ab einer bestimmten Altersstufe das Risiko für Krankheit, Pflege sowie Unterstützung ansteigt. Doch genau das tun wir im Ostalbkreis. Wir werden 2026 ganz konsequent an unseren Baustein und Maßnahmen im Bereich der Pflege, an Modellvorhaben sowie der Ausweitung der Tätigkeit der Pflegestützpunkte weiterarbeiten. Wir wissen auch, dass hierzu ausreichend Menschen bereit sein müssen, in der Pflege bzw. Unterstützung tätig zu sein, weshalb wir 2026 konsequent an unserer Pflegekampagne sowie unserem „Bündnis ausländische Fachkräfte“ (inkl. der wichtigen Struktur der EATA) festhalten. Was wir aber evtl.

wirklich zu wenig betrachten, ist im Zusammenhang mit der Demografie die Familienpolitik. Darf ich als Landrat bzw. dürfen wir als Landkreis überhaupt in der Familienpolitik aktiv werden? Will sich dort der Landrat wieder eine Freiwilligkeitsaufgabe zuschreiben?

Der Generationenvertrag kann nur funktionieren, wenn genügend Kinder und somit letztlich für die Zukunft ausreichend Einzahlende in die Sozialversicherungssysteme vorhanden sind. Auch wenn wir wissen, dass es in Zukunft ohne Arbeitsmarktmigration aus dem Ausland nicht möglich sein wird, dürfen wir uns mit einer Geburtenquote von 1,39 Kindern je Frau nicht zufriedengeben. Natürlich bleibt es letztlich immer die Entscheidung einer/eines jeden Einzelnen bzw. in ihrer/seiner Lebens- oder Familiengemeinschaft, sich für einen Kinderwunsch zu entscheiden. Doch denke ich, wir sollten uns als Landkreise fragen, was wir dazu beitragen können, damit sich wieder mehr für einen Kinderwunsch entscheiden. Denn gerade wir, die wir diejenigen sind, die die staatlichen Transferleistungen nicht nur auszahlen, sondern auch zu einem Großteil finanzieren, sollten uns diesem Thema widmen. Auch wenn die eigentliche Zuständigkeit des Landkreises und dessen Pflichtaufgabe erst bei der Transferleistung bzw. Förderleistung bei Problemen beginnt. Familienpolitik ist für mich inzwischen klare Wirtschafts- und Sozialpolitik. Während wir in diesen politischen Feldern sehr oft über Rahmenbedingungen sprechen, fehlt diese Diskussion in der Familienpolitik. Ich würde mich freuen, wenn wir im Rahmen der diesjährigen Haushaltsdebatte durch Sie, durch die Fraktionen und Gruppierungen auch hierzu Impulse für den Kreis entwickeln könnten. Der Ostalbkreis wird zu diesem Thema im Februar 2026 Ausrichter einer Konferenz für alle 35 Landkreise sein.

Oder schauen wir das Thema Wirtschaft an. Das Thema Wirtschaft, die wirtschaftliche Situation ist meines Erachtens derzeit das Thema Nummer eins, dem wir uns widmen müssen. Viele spüren inzwischen die Veränderungen. Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Kann ich mir mein Eigenheim, meinen Lebensstandard noch leisten? Hier sind wir geprägt von Rezession, Stagnation, Transformation und Arbeitsplatzverlusten sowie Automatisierung, Digitalisierung und sogar grundsätzlichen Verlagerungen von Wirtschaftsbetrieben und Produktionsstätten ins Ausland, nebst einer inzwischen nicht mehr nachvollziehbaren weltweiten Zollpolitik und Lagerbildung. Doch gibt es nicht auch hier andere Perspektiven? Schauen wir doch auf den Prognos-Zukunftsatlas oder den Patentatlas. So können wir feststellen, dass wir im Ostalbkreis zu der Gruppe der Landkreise mit sehr hohen Zukunftschancen zählen bzw. als Landkreis und Region Ostwürttemberg eine überdurchschnittlich hohe Patent-Dichte bundesweit aufweisen. Der Ostalbkreis ist also ein Landkreis mit Zukunftsperspektive und hoher Innovationskraft. Was müssen wir tun, damit dies so bleibt bzw. wie können wir noch konsequenter an Rahmenbedingungen arbeiten, dass die Wirtschaft des Ostalbkreises in diesem Umfeld ebenfalls positive Perspektiven entwickelt und wieder wächst?

Wir sollten daher 2026 konsequent unsere klar herausgearbeiteten Technologie- und Innovationsprofile des Ostalbkreises weiterentwickeln und noch mehr zu wirtschaftlichen Ökosystemen ausbauen. Dies sind unsere drei regionalen Forschungsschwerpunkte: Photonik/Mikro- und Optoelektronik, Materialwissenschaften/Batterieforschung und KI (Künstliche Intelligenz), unsere starken Mittelstandscluster, nämlich Werkzeug-, Metall- und Maschinenbau und Bio-Ökonomie/Holz sowie soziale Innovationen. Daher ist wichtig, dass wir 2026 unser KI-Ökosystem weiter voranbringen. Rund um das zwischenzeitlich eröff-

nete und von der Hochschule Aalen im Wesentlichen sowie von weiteren Mietern genutzte Digital Innovation Space (DIS) können wir die regionalen KI-Projekte strategisch bündeln und verknüpfen. Und zwar die KI-Projekte innerhalb der Hochschule Aalen sowie die KI-Projekte außerhalb, wie etwa an der Hochschule für Gestaltung Schwäbisch Gmünd, der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd und vor allem über die KI-Werkstatt Mittelstand, das Community-Management der KI-Allianz Baden-Württemberg und das Digitalisierungszentrum Ostwürttemberg, mit denen der Unternehmen, Kommunen und Einrichtungen. Gemeinsame Projekte, Transfer in die Wirtschaft sowie koordinierte Drittmittelakquise, Vermeiden von Doppelstrukturen und abgestimmte Programmatik werden dazu beitragen, dass ein wirklicher regionaler Leuchtturm und ein KI-Ökosystem entsteht.

Ich freue mich, dass federführend durch die Hochschule Aalen mit weiteren Akteuren, wie Photonik BW, der Stadt Aalen, der Stadt Oberkochen und v. a. Betrieben aus der Photonik und der Mikro- und Optoelektronik, ein wirkliches Ökosystem und eine Gesamtvernetzung erfolgen soll. Die Auftaktgespräche waren verheißungsvoll und so müssen wir auch in diesem Technologie- und Forschungsfeld 2026 erste klare Ergebnisse bzw. ein sichtbares Zeichen setzen.

Ebenso könnte auch im Bereich der Materialwissenschaften/Batterieforschung 2026 ein wichtiges Jahr werden. Denn unsere beiden starken Forschungseinrichtungen, die Hochschule Aalen und das fem Forschungsinstitut in Schwäbisch Gmünd, haben nun zusätzlich erste Kooperationsprojekte entwickelt.

Daneben wird mit dem Zukunftsforum in Oberkochen ein Wissens- und Transferort für GreenTech, Bioökonomie, Ökologische Intelligenz und nachhaltige Innovation im Holzbau geschaffen.

Auch im Bereich sozialer Innovation wird der Ostalbkreis 2026 sein Cluster voranbringen können. Mit den Forschungseinrichtungen CHAL und THIS an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd haben wir entsprechende Strukturen geschaffen bzw. sind diese gerade am Entstehen. Damit haben wir auch bei diesem Schwerpunkt nun die Chance auf Forschung, Innovation und Transfer zu den Wirtschaftsbetrieben. Gerade die CHAL zeigt, dass unsere große Chance im Ostalbkreis in der starken Allianz der Hochschulen liegt. Erste konkrete Projekte sind beantragt, ein gemeinsamer Studiengang geplant.

Innovationen kommen aber auch aus Gründungen. Auch hier gilt es, 2026 das bislang bereits gute Gründungs-Ökosystem nun auf die nächste Ebene zu bringen. Unsere bewährten Bausteine, wie das INNO-Z an der Hochschule Aalen, das in:it in Schwäbisch Gmünd, der Gründungscampus an der Hochschule Aalen sowie das neu geschaffene INC'BEAT am fem Forschungsinstitut, die Creative Hall sowie die neuen Strukturen innerhalb der Wirtschaft bzw. der IHK, wollen wir 2026 nun zu einem großen, gemeinsamen, klaren Gründungs- und Start-up-Profil aus einem Guss weiterentwickeln. Wir sind alle schon gespannt auf das hierzu von den Kreissparkassen Ostalb und Heidenheim in Auftrag gegebene Gutachten.

Für uns als Ostalbkreis und v. a. aber auch für unsere Wirtschaft, insbesondere die starken Mittelstandscluster (Werkzeug-, Metall- und Maschinenbau), ist der Transfer aus den Hochschulen von zentraler Bedeutung. Wir wollen deshalb 2026 eng mit unseren Hochschulen zusammen an der Transferstrategie 2035 arbeiten. Unsere Hochschulen sind Motoren der regionalen Wirtschaftsentwicklung, der Innovation und Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft.

Wenn wir die Hochschulen stärken, sichern wir zum einen Fachkräfte für unsere Schulen und Unternehmen, zum anderen verbinden wir Forschung mit den Bedarfen unserer Unternehmen - besonders im Mittelstand und bei den KMU. Deshalb wollen wir schwerpunktmäßig dort unterstützen, wo unmittelbar Transfer entsteht und zusätzliche Drittmittel heben - mit praxisnaher Lehre, Verbundforschung und lokalen Firmen. Um das zu gewährleisten, erarbeiten wir eine gemeinsame Transferstrategie als Instrument der Priorisierung und Verfestigung. Wir hoffen, dass der Kreistag des Ostalbkreises diese so wichtige Konzeption mit Kreismitteln unterstützt und die beantragten Mittel bewilligt. Durch die Transferstrategie, gemeinsam mit den Hochschulen entwickelt und mit dem Land Baden-Württemberg, insbesondere dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst abgestimmt, entsteht ein messbarer Mehrwert für unsere Region im Hinblick auf Transformation, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Vielleicht gelingt es uns auch, mit dieser Transferstudie gegenüber dem Land Baden-Württemberg nochmals hervorzuheben, dass bei uns die Hochschulen eben nicht nur Fachkräfte der Zukunft ausbilden, sondern auch im Bereich der anwenderbezogenen Forschung einen unerlässlichen Motor und Transferpartner für die Wirtschaft des Ostalbkreises darstellen. Meines Erachtens sollte deshalb bei der künftigen Hochschulförderung des Landes auch dieser Transfermehrwert ein eigenständiger Finanzierungsbaustein werden.

Der Ostalbkreis ist sicherlich einer der wirtschaftlich stärksten Landkreise in Baden-Württemberg. Dennoch werden wir die großen Veränderungen nur im starken Netzwerk in Ostwürttemberg, gemeinsam mit allen relevanten regionalen Akteuren, insbesondere auch aus der Wirtschaft, aus dem Handwerk sowie den Verbänden, vor allem der IHK Ostwürttemberg und auch gemeinsam mit dem Landkreis Heidenheim in der Region Ostwürttemberg, voranbringen. Wir sind daher aktiver Teil der „Offensive Zukunft Ostwürttemberg 2.0“ und haben

dort im Handlungsfeld 1, Innovationsökosysteme, die Federführung übernommen. Zudem benötigen wir eine noch stärkere politische Wirtschaftsregion. Auch dort wollen wir 2026 gemeinsam mit dem Kreistag die WiRO inhaltlich und strukturell weiterentwickeln. Die politische Wirtschaftsregion braucht den politischen Schulterschluss aus Landkreisen, den Großen Kreisstädten und den Kreisverbünden der Gemeinden sowie der IHK, der Handwerkskammer und auch des Regionalverbandes.

Zur Wirtschaft zählen im Ostalbkreis aber auch die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft. Im Bereich der Landwirtschaft ist es uns gelungen, gemeinsam mit dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Bauernverband Ostalb-Heidenheim das Innovationszentrum Landwirtschaft 4.0 zu entwickeln und im Oktober mit der ersten gemeinsamen Veranstaltung zu starten. 2026 wollen wir nun dieses Innovationsnetzwerk Landwirtschaft weiterentwickeln, mit Projekten und auch mit Forschungsvorhaben, wobei unsere örtlichen landwirtschaftlichen Betriebe wiederum Pilotbetriebe oder Transferpartner dieser Projekte sein werden.

Im Bereich der Forstwirtschaft muss es uns gelingen, die Wälder an den Klimawandel anzupassen und gleichzeitig die Kreislaufwirtschaft, d. h. die Verfügbarkeit von Holz, weiter zu verstetigen. Dabei liegt der Fokus auch auf dem Kleinprivatwald. Deshalb sind wir sehr gespannt, was uns das vom Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz bewilligte Förderprojekt DIANA an neuen Resultaten und Ergebnissen bringen wird.

Eine erfolgreiche Wirtschaft und Wirtschaftsunternehmen brauchen aber neben Innovation auch weitere Standortfaktoren und Rahmenbedingungen. Diese

Rahmenbedingungen und Standortfaktoren müssen jedoch auch finanziert werden können, sodass es durchaus unterschiedliche Prioritäten geben kann.

Ein wesentlicher Faktor für die Wirtschaft ist natürlich eine funktionierende Mobilitäts- und Verkehrsinfrastruktur. Nachdem mit der morgigen Unterzeichnung der Brenzbahn-Vereinbarung im Bereich Schiene ein wesentlicher Durchbruch erzielt wird, gilt es nun die vorhandene Schienen-Infrastruktur auf Rems- und Oberen Jagstbahn sowie Riesbahn zu stabilisieren und auch in einzelnen Punkten weiterzuentwickeln. Dabei will ich explizit, weil für die hiesige Wirtschaft so wichtig, auch das Beibehalten des Fernverkehrsangebotes auf der Rems- und Obere Jagstbahn als politisches Ziel für 2026 und darüber hinaus definieren. Ferner sollen im Bereich der Bundes- und auch der Landesstraßen 2026 endlich weitere Schritte im Hinblick auf die Planung (z. B. Genehmigung der RE-Entwürfe für die Teilprojekte Aalen bis zur A7) und Umsetzung (z. B. der Röttinger Höhe) erzielt werden. Bei den Kreisstraßen und den Radwegen haben wir mit der mittelfristigen Finanzplanung ausreichend Projekte und Mittel zur Verfügung gestellt. Hingegen müssen wir beim ÖPNV schauen, dass wir das vorhandene sehr gute Angebot halten können.

Zur Infrastruktur zählen aber auch eine sichere, ökologische und vor allem bezahlbare Energieinfrastruktur sowie der weitere konsequente Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Hier hat der Ostalbkreis mit seinem Backbone-Netz nur noch Restarbeiten umzusetzen.

Zu den Rahmenbedingungen gehört auch die Bildung. Keine/r darf uns verloren gehen. Deshalb ist unser (auch finanzielles) Engagement im Bereich des Übergangs von Schule in Ausbildung/Beruf/Studium von so großer Bedeutung. Dies

betrifft speziell auch die AVdual-Angebote. Unser Bildungsbüro hat seine inhaltliche Arbeit geschärft und konzentriert sich auf die vier wichtigen Säulen wie MINT, Sprachförderung, BNE und Demokratiebildung. Mit dem Pakt Schule der Zukunft ist es uns gelungen, den Ostalbkreis als Bildungsregion und Lehreraus- und Fortbildungsregion landesweit zu platzieren. Das erste Bildungsforum in Kombination mit der Bildungskonferenz des Ostalbkreises war ein großer Erfolg. Erfolgreich wollen wir auch das Landesgymnasium für Hochbegabte als besondere Einrichtung in Baden-Württemberg weiterentwickeln. Dies gilt ebenso für unser sonstiges Engagement in den Beruflichen Schulen sowie den SBBZen des Landkreises.

Daneben ist die ganzheitliche Gesundheitsversorgung ein wichtiger Standortfaktor für unsere Wirtschaft. Ich freue mich darüber, dass nun der ÖGD im Bereich der Gesundheitsversorgungsplanung weitere Moderatoren- und Koordinierungsfunktionen bekommen hat. Unser Sachgebiet Gesundheitsplanung, -versorgung und -förderung ist ein wichtiger Akteur im Bereich der Planung und Entwicklung von Gesundheitsversorgungsstrukturen und Gesundheitsförderung. Neben den wichtigen Bereichen der ärztlichen Versorgung, der Kliniken, der Apotheken und der Selbsthilfe agieren wir i. S. v. ganzheitlichen Gesundheitsversorgungsstrukturen. Gerade im Bereich der ärztlichen Versorgung arbeiten wir sehr eng mit den Ärzteschaften des Kreises, den Kommunen und den Universitätskliniken zusammen. 2026 wollen wir unser Programm zur ärztlichen Nachwuchsförderung und -gewinnung mit Weiterbildungsverbund, Stipendienprogramm, Praktika und Fortbildung für Medizinstudierende sowie Informationsveranstaltungen für Schüler/-innen konsequent weiterentwickeln. Mit den im hausärztlichen Bereich gegründeten Genossenschaften haben wir wichtige ergänzende Strukturen (zuletzt mit der IpfMED) geschaffen. Wir sehen diese

ganzheitliche Gesundheitsversorgung auch im Bereich der klinischen Versorgung und der Notfallversorgung. Wir setzen uns für eine ganzheitliche Betrachtung der Notfallversorgungsstrukturen ein. In diesem Zusammenhang ist nicht so sehr die Frage relevant, wie schnell ich eine Klinik erreiche, sondern vielmehr geht es darum, dass Notfallversorgung innerhalb der Rettungsfristen stattfindet und die/der Patient/-in an die qualitativ richtige Klinik gebracht werden kann. Wir haben daher im Jahr 2025 die Arbeitsgruppe Sektorenübergreifende Notfallversorgung ins Leben gerufen, die sich aus den Vertreterinnen und Vertretern der Rettungsdienste, der Kliniken und der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte zusammensetzt. Ziel ist es, die Stärkung der sektorenübergreifenden Notfallversorgungsstrukturen und die Verbesserung der präklinischen Patientensteuerung zur Entlastung der Rettungsdienste und der Notaufnahmen voranzubringen. 2026 wollen wir erste innovative Versorgungsstrukturen gemeinsam mit den Rettungsdiensten auf den Weg bringen.

Aber auch im Bereich der Gesundheitsförderung haben wir mit „Ostalb bewegt Kinder“ eine Erfolgsgeschichte nachhaltig mit unseren Sportvereinen und Verbänden initiiert. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir nun 2026 im Bereich der Seniorinnen und Senioren (siehe auch Pflege-Baustein) gemeinsam mit Partnern v. a. aus Sport, Kreisseniorenrat, DRK etc. starten.

Zu den Rahmenbedingungen einer Wirtschaftsregion zählen aber auch regionale Banken, wie die Kreissparkasse Ostalb, die die hiesige Wirtschaft und das hiesige Handwerk bei Investitionen mit Krediten versorgt. Ferner gehört eine funktionierende Abfallwirtschaft, wie wir sie im Ostalbkreis, gemeinsam mit der GOA als Dienstleister, betreiben und ein ausgewogenes Abfallentsorgungskonzept durch den Kreistag dazu. Schließlich sind Kultur- und Sportangebote sowie Tourismus ebenfalls relevante Faktoren, die für die Wirtschaft von elementarer

Bedeutung sind. Museen, wie etwa das neu geschaffene Ipf-Museum in Bopfingen, unsere attraktiven Kulturangebote, wie etwa Schloss Kapfenburg, Europäisches Kirchenmusik-Festival, Jazzfestival, Sport- und Freizeitangebote, wie beispielsweise die in 2026 neu startende Ostalb-Radrunde sowie die Wanderkonzeptionen, die der Landkreis unterstützt und umsetzt, tragen dazu bei.

Mit der Landesgartenschau 2026 in Ellwangen werden wir auf den Lebensraum sowie auf den Wirtschaftsstandort Ostalbkreis und ein starkes wirtschaftliches Umfeld aufmerksam machen können. Der Ostalbkreis wird sich deshalb 2026 in dem vom Kreistag beschlossenen Umfang und mit den entsprechenden Projekten als großer Partner der Landesgartenschau 2026 in Ellwangen präsentieren.

Ein wichtiges Thema ist auch die veränderte Sicherheits- und Gefahrenlage.

Auch hier könnte man sagen, dass wir über Jahrzehnte eine falsche Sicherheitspolitik betrieben oder innere Gefahren aufgrund von Klima, in Form von Trockenheit/Hitze, Hochwasser/Starkregen oder anderer Wetterextreme zu spät erkannt hätten. Oder wir zeigen i. S. v. Perspektivwechsel und neuen Kräften auch hier, dass eine Gesellschaft die veränderten Situationen erkennt und in der Lage ist, gegenzusteuern. Wir sind diesen Veränderungen nicht passiv ausgesetzt, sondern haben aktive Gestaltungsmöglichkeit. Im Hinblick auf die Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit findet das bereits gerade deutlich statt. Auch im Hinblick auf Klimafolgen und notwendige Anpassungsmaßnahmen gibt es inzwischen sogar schon gesetzliche Bestimmungen. Bei beiden Gefahrenquellen bzw. Gefahrenlagen wird aber entscheidend sein, auch die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung und die Eigenverantwortung (gleich Selbstschutz) mitzudenken bzw. zu forcieren. Der Ostalbkreis hat mit seinem Pilotmodell Resilienzzentrum Ostalbkreis im Auftrag des Bundes aufgezeigt, dass solche Strukturen mit Beratung, Information und Netzwerkarbeit den Selbstschutz

deutlich erhöhen können. Auch wenn die Förderung jetzt ausläuft und der Kreistag beschlossen hat, dass es keinen Automatismus hinsichtlich der Fortsetzung geben darf, fände ich es angesichts der veränderten Gefahren- und Sicherheitslage (und einer bevorstehenden Änderung des Landeskatastrophengesetzes im Hinblick auf die Selbsthilfefähigkeit) wichtig, bestehende Strukturen zwar auf das zwingend Notwendige zu reduzieren, aber nicht gänzlich aufzulösen. Daher möchte ich beantragen, dass wir ab 2026 das bestehende Resilienzzentrum mit einem Kernbestand von 0,6 VZA beim Geschäftsbereich VII/74 Brand- und Katastrophenschutz etablieren.

Und beim Thema Finanzen? Natürlich bleibt die finanzielle Situation der Landkreise, so auch des Ostalbkreises, neben dem Thema Wirtschaft Schwerpunkt für die Haushaltsdebatte 2026. Dort ist für mich ein „Perspektivwechsel“ oder eine „neue Perspektive“ schon schwieriger. Doch auch dort sehe ich die Chance, wenn alle staatlichen Ebenen ihrer Gesamtverantwortung gerecht werden und auf das Gesamtbild Deutschland „einzahlen“, wenn jede staatliche Ebene entsprechend ihrer Zuständigkeit und ihrer Verantwortung handelt und Mut aufweist, Veränderungen vornimmt und auch den Einwohnerinnen und Einwohnern klar kommuniziert, dass staatliche Leistungen am Ende finanziert sein müssen und staatliche Transferleistungen erst nach Eigenverantwortung kommen, dann ist vieles machbar.

Im Sinne dieser Gesamtverantwortung erwarten und fordern wir Landkreise, so auch der Ostalbkreis, endlich die eingangs meiner Haushaltsrede erwähnten grundsätzlichen politischen Beschlüsse seitens Bund und Land, sowohl inhaltlicher als auch in finanzieller Art und Weise. Die Ausgaben des Ostalbkreises hängen ganz zwingend mit diesen ausbleibenden gesetzlichen Veränderungen

zusammen. Daher müssen wir inzwischen ganz klar von einer strukturellen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden und der Landkreise sprechen. Wir sprechen nicht von einem Einzelproblem des Ostalbkreises, sondern von einer grundsätzlichen Schieflage im Sozialbereich, im Bereich der Krankenhäuser, im Bereich des ÖPNV/der Schülerbeförderung und der stetig steigenden Aufgaben delegation. Diese Rahmenbedingungen spiegeln sich in den Haushalten der Landkreise wider. In 2025 hatten 31 der 35 Landkreise einen negativen Ergebnishaushalt. Rücklagen wurden eingesetzt und stehen in den Folgejahren nicht mehr zur Verfügung. Der Sozialetat ist durchschnittlich um 9,1 % gestiegen. Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser in Baden-Württemberg ist besorgniserregend. Für das Jahr 2025 haben die Landkreise einen notwendigen Defizitausgleich in Höhe von 765 Mio. € eingeplant. Auch für den ÖPNV und die Schülerbeförderung müssen die Landkreise inzwischen ein Defizit von 1,182 Mrd. € aufbringen.

Der Ostalbkreis hat gemeinsam mit den anderen Landkreisen in Baden-Württemberg zehn Kernforderungen an eine mögliche neue Landesregierung und letztlich auch an die bestehende Bundesregierung formuliert. Dies sind:

1. Den Sozialstaat neu ausrichten und zukunftsweisend aufzustellen,
2. Kommunen und Landkreise bei der Eingliederungs- und Jugendhilfe entlasten,
3. schulische Inklusion konsequent umsetzen,
4. auf eine auskömmliche Finanzierung der Krankenhausbetriebskosten hinwirken,
5. Investitionsförderungen der Krankenhäuser voll umfänglich garantieren,
6. aufgabenangemessene Finanzausstattung der Landkreise sicherstellen,
7. Konnexität in der Landesverfassung ertüchtigen,

8. Rechtsanspruch auf Ganztagesförderung auskömmlich finanzieren,
9. sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren stärken sowie
10. das Deutschlandticket nachhaltig ausfinanzieren - ÖPNV-Ausgabenträger absichern.

Wie eingangs meiner Haushaltsrede erläutert, hat nun das Land im Bereich des Sondervermögens des Bundes, bei sozialen Leistungen und durch eine einmalige FAG-Mittelerhöhung reagiert. Hierfür sind wir dankbar, jedoch ist uns allen klar, dass durch diese Entscheidungen nur Zeit gekauft, aber an der strukturellen Unterfinanzierung noch nichts verändert wurde. Die Frage ist aber, können wir von der unteren Ebene, der kommunalen Ebene, zeigen, wie ein „Ruck“ aussehen könnte bzw. können wir 2026 selbst die Dinge noch weitergehender „in die Hand nehmen“, die helfen, dass es strukturell und letztlich finanziell wieder eigene Perspektiven gibt.

Dies ist deshalb besonders schwierig, da wir bereits in den Jahren 2024 und 2025 unsere „Hausaufgaben“ gemacht haben. Der Ostalbkreis hat eine intensive Aufgabekritik mit Personalabbau, eine finanzielle Nullrunde beim SGB IX, die Kürzung von Freiwilligkeitsleistungen und Zuschüssen, die Anpassung von Fahrleistungen im ÖPNV und vor allem eine sehr umfangreiche und tiefgreifende Veränderung der Klinikstruktur sowie ein neues Medizinkonzept beschlossen.

Eigene Impulse, eigene Ansätze im Sinne eines „Ruck“ von unten, sind im Sozialbereich, dem größten Ausgabenblock, eher schwierig. Dies haben wir im vergangenen Jahr bei der Eingliederungshilfe/SGB IX gesehen. Wir haben zwar durch die finanzielle Nullrunde die Kosten 2025 stabil gehalten, letztlich aber

nur Zeit gewonnen, weil die weiteren Ausgaben wegen der nach wie vor bestehenden Gesetzeslage später kommen werden.

Doch die Landkreisverwaltung will auch 2026 im Sozialbereich neue Perspektiven einnehmen und gegensteuern:

Im SGB IX werden wir konsequent die laufenden Hilfen systematisch überprüfen, die verbindliche Steuerung von stationär zu ambulant, die Leistungs- und Entgeltsteuerung sowie das Fachcontrolling stringent vornehmen. Zudem haben wir mit den Leistungserbringern vereinbart, dass wir auch 2026 auf strukturelle Einspar- und Verbesserungsvorschläge setzen. Ferner hoffen wir, dass die möglicherweise nunmehr bevorstehende Vereinheitlichung der Leistungs- und Abrechnungssystematik über die Modellkonsolidierung einen Modell-Effekt beim Verwaltungs- und Personalaufwand mit sich bringt. (Da der Ostalbkreis aber schon die zweit-effektivste Verwaltung in ganz Baden-Württemberg, nämlich mit der zweit-höchsten Fallzahl je Mitarbeiter/-in aufweist, sollten wir die finanziellen Erwartungen nicht zu hoch ansetzen.)

Im SGB XII wollen wir bei der Hilfe zur Pflege ebenfalls weitere Kostensteigerungen durch die Anwendung effizienter Maßnahmen wie konsequente Leistungsprüfung, vor allem im Hinblick auf den Vorrang anderer Leistungsträger und das Verwaltungsverfahren, vermeiden. Dies betrifft unter anderem auch die anderen Leistungsarten, wie die Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die größte Gefahr der Kostensteigerung besteht aber eindeutig im SGB VIII. Sollten dort die Fälle und v. a. die Schwere der Fälle ansteigen oder gar seitens des Bundes der schon im früheren Bundeskabinett beschlossene Inklusionsansatz auch im SGB VIII Anwendung finden, gehen auch dort die Kosten „durch

die Decke“. Aktuell haben wir nämlich dort im Bereich SGB VIII in ganz Baden-Württemberg die zweit-geringsten Ausgaben aller Stadt- und Landkreise.

Auch wenn das SGB II bzw. Bürgergeld gerade öffentlich stark diskutiert wird, ist das für den Ostalbkreis - losgelöst von den wichtigen gesellschaftlichen Impulsen - finanziell eher nachrangig aufgrund der hohen Erstattungen durch den Bund und das Land. Klar ist aber, dass von Bürgergeld- oder künftigen Grundsicherungsempfängern eine stärkere Verbindlichkeit bzw. Mitwirkung und somit der Grundsatz des Forderns auf ein notwendiges Niveau angehoben wird. Ferner sind Maßnahmen zur Reduzierung von Schwarzarbeit und des Bestandes an Grundsicherungsempfängern aus dem europäischen Ausland ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Grundsicherungsempfänger insgesamt.

Das vorhandene Klinikdefizit des Ostalbkreises stellt, auch wenn es uns besonders belastet, kein Einzelproblem des Ostalbkreises, sondern letztlich ein strukturelles Problem bzw. eine strukturelle Unterfinanzierung aller Kliniken dar. Aber auch freigemeinnützige und private Klinikträger müssen aufgeben (siehe Diak in Schwäbisch Hall, Helios Breisach) oder immer höhere Zuschüsse oder gravierende Einschnitte (siehe Sigmaringen) vornehmen. Natürlich müssen wir eingestehen, dass die öffentlichen Klinikträger, die beim Transformationsprozess schon weiter sind, nicht die finanziellen Probleme in der Dimension wie der Ostalbkreis haben. Dennoch besteht eine strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhausbetriebskosten seitens des Bundes. Und der Bund hat auch hieran bislang nichts verändert. Es wurde zwar für 2025/2026 eine einmalige Zulage von 3,25 % für ein Jahr von November 2025 bis Oktober 2026 in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wurden Hybrid-DRGs massiv ausgeweitet, also gleiche medizinische Versorgung für deutlich weniger Geld, und jetzt wurde auch noch seitens der Bundesregierung eine Kürzung der Klinikfinanzierung um

1,8 Mrd. € beschlossen. (Und dies nur, weil man statt den Bürgerinnen und Bürgern klar zu kommunizieren, dass nicht nur eine Krankenhausreform, sondern auch eine Reform der Krankenhausfinanzierung notwendig ist, weil schlichtweg nicht mehr bezahlbar, nun, um bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Erhöhung der Kosten der Krankenversicherung zu vermeiden, diese weitere Etat-Kürzung bei den Krankenhausbetriebskosten vorgenommen hat.) Das Land Baden-Württemberg wiederum hat zwar die Fördermittel für Investitionen erhöht (wenn auch nicht ausreichend), sich zum Transformationsfonds des Bundes bekannt, ohne aber der vollen gesetzlichen Verpflichtung einer 100 %-Finanzierung nachzukommen, zudem konnte bezüglich der Krankenhausbetriebskostenfinanzierung gegenüber dem Bund nichts erreicht werden. Auch bei der nunmehr gestarteten Landeskrankenhausplanung erfolgt diese ohne Verknüpfung der Leistungen auf die eigentlich damit einhergehende auskömmliche Finanzierung der Krankenhausbetriebskosten. Hier wird lediglich auf den Bund verwiesen. Uns Trägern der Kliniken hat das Land Baden-Württemberg noch einmal klar formuliert, dass letztlich der Träger die Verantwortung für sein Leistungsangebot und dessen Finanzierung trägt.

Daher war es für uns im Ostalbkreis und für Sie als Kreistag klar, dass wir es selbst sind, die die Qualität des medizinischen Angebots, die Personalressourcen und letztlich die Finanzierbarkeit zu verantworten haben. Ich bin daher nach wie vor stolz und dankbar, dass es uns gemeinsam gelungen ist, am 24.09.2024 trotz heftiger und auch sehr emotionaler Diskussion, nach wichtigen Strukturentscheidungen, ein gemeinsames Medizinkonzept für den Ostalbkreis zu beschließen. Und ja, es war für uns alle in den jeweiligen Raumschäften, ob in Aalen, in Schwäbisch Gmünd oder für den Ellwanger Raum auch mit erheblichen Veränderungen verbunden. Wir haben seit dieser Entscheidung vor

einem Jahr viele Prozesse im Zusammenhang mit der Konzentration, der Spezialisierung von Leistungen und dem Abbau von Dreifach- oder Zweifach-Strukturen sowie große interne Veränderungsprozesse gestartet. Wir verlangen gerade den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den Patientinnen und Patienten, einiges ab, um diesen Veränderungsprozess, den wir dringend benötigen, voranzubringen.

Fortschritte und Erfolge konnten wir z. B. bei der Bildung medizinischer Schwerpunkte an den Standorten in Aalen und Mutlangen und der Konzentration der Viszeralchirurgie erreichen. So wird Aalen als Notfallschwerpunkt rund um Herz-, Kopf- und Schwerstverletzungen ausgebaut, Mutlangen hat onkologische und endoprothetische Schwerpunkte gebildet und in Ellwangen konkretisieren wir die sektorenübergreifenden Angebote. Neben moderner Medizintechnik, wie dem Da Vinci-Roboter in Mutlangen, der ab März 2026 mit dem neuen urologischen Chefarzt genutzt werden kann, konnten auch weitere umfangreiche Digitalisierungsprojekte umgesetzt werden. Auch wenn uns allen bei der Entscheidung bewusst war, dass die wirtschaftlichen Erfolge im ersten Jahr noch überschaubar sein werden, konnten wir dennoch das Defizit wie prognostiziert von 65 Mio. € 2024 auf 60 Mio. € 2025 und im Plan 2026 auf 58,5 Mio. € senken, wobei 2026 die Umsetzung von Maßnahmen für eine wirkliche wirtschaftliche Verbesserung in 2027 (Ziel: minus 46 Mio. €) erfolgt. Es steht nun, wie im Medizinkonzept beschlossen, der konsequente weitere Abbau von Dreifach- und Zweifachstrukturen an. Dies betrifft Aalen, Mutlangen und vor allem den Standort der St. Anna-Virngrund-Klinik. Denn gerade an diesem Standort müssen wir jetzt, um die wirtschaftlichen Verbesserungen herbeizuführen, die nächsten Schritte, insbesondere die Schließung des stationären OP-Bereichs am Standort Ellwangen, vornehmen. Bei zurückgehenden Fallzahlen, wie geplant

aufgrund der Verlagerungen (hat bereits am Standort Ostalb-Klinikum zur Erhöhung der Fallzahlen geführt) und einem aktuellen Defizit von 17,5 Mio. Euro (ca. 30 % des Gesamtdefizits) muss nun dieser Schritt folgen. Auch wenn es für die/den Einzelnen emotional schwierig sein wird, so ist weder personell noch wirtschaftlich bei ca. 14 Fällen pro Woche eine stationäre Chirurgie bzw. ein solches Akuthaus in Ellwangen betreibbar.

Hat sich hieran nun etwas geändert bzw. könnte sich ggf. durch einen Dritten hieran etwas ändern?

Ich bitte um Verständnis, dass ich mich weder in meiner heutigen Haushaltrede, noch sonst öffentlich über Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern, insbesondere mit den SRH-Kliniken, äußern werde. Ich kann aber bestätigen, dass wir mit SRH in konstruktiven und vertraulichen Gesprächen stehen und wir, sobald Ergebnisse vorliegen, darüber auch berichten werden.

Da aber nun teilweise dahingehend öffentlich diskutiert wird, dass diese Gespräche Auswirkungen auf die Kreisumlage haben könnten, muss ich an dieser Stelle allgemein und grundsätzlich losgelöst von obigen Gesprächen zu den beiden Punkten, medizinische Leistungen und auch Privatisierung, auf Nachfolgendes hinweisen:

1. Medizinische, insbesondere stationäre Leistungen in Kliniken verursachen Kosten und sind aufgrund der nicht auskömmlichen Betriebskostenfinanzierung defizitär, insbesondere wenn diese in geringerem Umfang beansprucht werden bzw. ein nicht ausreichender Bedarf vorhanden ist.

Den Bedarf für ein drittes Akuthaus im Ostalbkreis haben wir nicht. Deshalb ist ein solches im Medizinkonzept des Ostalbkreises nicht vorgesehen. Zu dieser Überzeugung gelangte der Kreistag nach intensiven Diskussionen und dem Hinzuziehen gutachterlicher Unterstützung.

Wenn ich es richtig weiß, kam auch der von der damaligen Ellwanger Initiativgruppe beauftragte Gutachter zu diesem Ergebnis. Seine Überprüfung und das Erstellen der Fallzahlen zeigte, dass der Bedarf der Wohnbevölkerung im Mittelbereich Ellwangen auf Dauer das Aufrechterhalten eines „normalen“ Akutkrankenhauses nicht rechtfertigt, sondern dass die angestrebte Umwandlung in ein ambulant-stationäres Versorgungszentrum Plus unter Konzentration der stationären Versorgung in einem neuen Zentralklinikum der richtige Weg sei.

Im Übrigen würde, so meine Bewertung, bei einem solchen Angebot an Leistungen, evtl. bei einem möglicherweise aus Wirtschaftsgründen noch weitergehenden Angebot von Leistungen nicht nur das Medizinkonzept des Ostalbkreises, sondern auch die dem Medizinkonzept zugrunde liegende wirtschaftliche Basis berührt werden.

Fazit: Leistungen über das Medizinkonzept hinaus und Leistungen, die wir im Jahr 2026 nicht mehr anbieten können, führen zunächst zu zusätzlichen Kosten und nicht zu einer Reduzierung des Betriebsdefizits.

2. Auch zum Thema Privatisierung ein allgemeiner Hinweis:
Privatisierung oder private Beteiligung ist grundsätzlich möglich, bedarf dann aber einer Gesamtbetrachtung der Kliniken Ostalb. Zu Beginn der Kli-

nikstrukturdebatte hatte sich der Kreistag einhellig für eine öffentliche Trägerschaft ausgesprochen und eine mögliche private Beteiligung stets als eine „Ultima Ratio“ gesehen. Eben nur dann, wenn der öffentliche Träger nicht in der Lage ist, selbst die richtigen und wichtigen Strukturentscheidungen zu treffen. Denn was macht ein Dritter bzw. Privater: Spezialisierung und Konzentration von Leistungen, Abbau von Mehrfachstrukturen sowie Anpassung des Personals.

Diese Entscheidungen hat der Kreistag des Ostalbkreises am 24.09.2024 und in der vorhergehenden Strukturentscheidung selbst auf den Weg gebracht. Im Übrigen denke ich, dass eine solche Diskussion und Entscheidung des Trägers auch vom Träger, nicht von dritter Seite, angestoßen werden sollte (es würde im Übrigen auch ganz andere, weitergehende Verfahren auslösen).

Wenn es nun aber im Rahmen der Haushaltsdebatte darum geht, dass die Kliniken Ostalb im Hinblick auf das Betriebsdefizit noch schneller und vor allem noch mutiger zu wirtschaftlichen Effekten kommen sollen, dann werden die Klinken und insbesondere die Führungsstruktur der Kliniken, an vorderster Spur mit dem Vorstandsvorsitzenden, entsprechende Schritte der Leistungskonzentration, des Abbaus von Mehrfachstrukturen und der Spezialisierung nebst noch konsequenterer Personalanpassung und des Forcierens interner Prozesse vornehmen. Hingegen gehe ich nicht davon aus, dass der Kreistag einzelne Leistungsgruppen entsprechend des Medizinkonzeptes 2035 zusätzlich streichen/reduzieren, sondern diese beschlossene qualitative Versorgung den Bürgerinnen und Bürgern anbieten möchte.

Im Bereich des ÖPNV haben wir eigentlich 2024 und 2025 unsere strukturellen Hausaufgaben gemacht. Wir haben die Fahrleistungen bzw. die gefahrenen Kilometer und das Angebot entsprechend den finanziellen Herausforderungen angepasst und ich denke, dass wir 2026 dort nicht mehr weiter ansetzen sollten bzw. dürfen. Denn gerade im ländlichen Raum bei uns im Ostalbkreis würden tatsächlich Nachteile insbesondere bei jungen Menschen, Fachkräften ohne Fahrzeug oder Auszubildenden gegenüber den großen Städten/Ballungsräumen entstehen. Wie im Forderungskatalog gegenüber dem Land dargelegt, erwarteten wir nunmehr, v. a. was das Deutschlandticket angeht, eine nachhaltige Absicherung und eine nachhaltige Ausfinanzierung und für das Jahr 2026 den konnektitätsauslösenden landesgesetzlichen Tarifanwendungsbefehl.

Neben diesen zwingenden politischen Entscheidungen sollten wir 2026 das Augenmerk auf die Frage richten, wie unser ÖPNV aus wirtschaftlicher Betrachtung heraus aufgestellt ist. Es gibt gute Gründe, die Zusammenarbeit mit unseren etablierten ÖPNV-Partnern im Landkreis fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Wir als Landkreis stehen zu unserem funktionierenden ÖPNV. Die überwältigende Mehrzahl an Beschwerden und Problemen, die uns erreicht, betreffen den Schienen-, nicht aber den Busverkehr. Und wenn es doch irgendwo am Busverkehr hapert, erreichen wir zusammen schnelle Lösungen. In der Regel gelingt dies kostenneutral. Aber: Ein entscheidender Maßstab bei der grundsätzlichen Beurteilung muss dabei natürlich stets sein: Bekommen wir die Leistung, bekommen wir unsere ca. 12 Mio. jährlichen Buskilometer, zu einem angemessenen, weitestgehend marktüblichen Preis? Unterscheiden sich unsere Unternehmen dabei untereinander auf nicht plausible Weise? Diesen Grundsatzfragen möchten wir uns in den kommenden Monaten intensiv widmen, um den Gremien eine fundierte Einschätzung geben zu können. Mir geht es 2026 ganz klar um Vergleichbarkeit und Effizienz der eingesetzten Mittel.

Auch im Bereich der Aufgabenkritik und des Personals haben wir im Ostalbkreis im Gegensatz zu vielen anderen Landkreisen bereits zwei Mal in den Haushaltsjahren 2024 und 2025 Spar- und Kürzungsrunden durchgeführt und 21,43 Stellen reduziert. Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, dass sie diese Aufgabe angenommen und im vergangenen Jahr mit großem Einsatz trotz Stellenabbau, gestiegenen Fallzahlen, Gesetzen mit Mehraufwand statt Bürokratie-Abbau ihre Leistung erbracht haben. Wie beschlossen haben wir im Haushalt 2026 15,12 Stellen mit einem Einsparvolumen i. H. v. 1,0 Mio. € reduziert sowie eine pauschale Personalkostenkürzung von 680.000 € angesetzt. Dies entspricht ca. 9 bis 10 weiteren Stellen. Wenn im Bereich der Aufgaben seitens des Gesetzgebers bzw. der Gesetzgeber nicht Pflichtaufgaben entfallen, wird allenfalls über die Digitalisierung sowie über KI eine Effizienzrendite künftig möglich sein. Diese Effizienzrendite brauchen wir aber auch aus anderen Gründen, nämlich der Demografie. Der Ostalbkreis wird in den nächsten zehn Jahren nämlich rund 25 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (=500 Personen) altersbedingt verlieren. Diese Stellen werden wir angesichts der jetzt schon bestehenden Mangellage in manchen Bereichen sowie der Geburtenrückgänge nicht mehr vollständig besetzen können. Die Landkreisverwaltung hat deshalb den Prozess Landkreisverwaltung 2035 gestartet. In dieser Gruppe werden v. a. die Projekte zur Digitalisierung/KI gesteuert und gerade in den kunden- und personalintensiven Bereichen schwerpunktmäßig geprüft.

Zudem hoffen wir auch bei der Landkreisverwaltung, dass die begonnene Diskussion zur Entbürokratisierung (Abbau von z. B. gesetzlichen Vorschriften, wie zuletzt in der LBO oder das leider etwas zu zaghaft ausgefallene Regelungsbe-

freiungsgesetz) erste Erfolge mit sich bringt. Grundsätzlich halte ich die Diskussion für wichtig, zugleich aber an der einen oder anderen Stelle für gefährlich, denn wenn nun alle Parteien Entbürokratisierung als Wahlziel postulieren, müssen sie auch liefern. Sonst freuen sich wieder nur die staatskritischen Parteien bzw. sie bekommen Zulauf.

Der Ostalbkreis wartet aber nicht nur ab, sondern hat intern den vorher beschriebenen Digitalisierungsprozess und die Prozessoptimierung zum Gesamtprozess „Der Ostalbkreis, die einfachere und schnellere Verwaltung“ gebündelt. Ziel ist es, bereits bei bestehender Gesetzeslage zu prüfen, wo wir schneller (z. B. über Verfahren, Anträge, Antragsformulare) oder einfacher (ohne Gutachten, ohne viele Anlagen, weitergehende Datensätze oder Standardüberprüfungen) sein können.

Hierbei will sich die Landkreisverwaltung gerne 2026 dem Wettbewerb mit anderen stellen.

Am Schluss meiner Haushaltsrede kommt nun die entscheidende Frage: Was heißt das nun für die Kreisumlage?

Nur mit dem weiteren eigenen Engagement und dem „Ruck“ von unten konnten wir für 2026 die Ausgabenpositionen im Griff behalten. Weitere mögliche Potenziale bzw. Handlungsansätze für 2026 habe ich skizziert. Was nun die angekündigten einmaligen Landesgelder für den Ergebnishaushalt bedeuten (die Gelder des Bundes sind ja ausschließlich im Finanzhaushalt relevant und können die Verschuldung reduzieren), ist noch unklar. Doch bei einem negativen Ergebnis von 11,7 Mio. € in 2025 und einem geplanten Minus von 16,3 Mio. € in 2026 wird sicher jeder Euro dem Landkreishaushalt guttun. Daher wollen wir,

wie angekündigt, und in der mittelfristigen Finanzplanung im letzten Jahr signalisiert, ein verlässlicher Partner der Kommunen sein und schlagen im Gegensatz zu allen anderen Landkreisen in Baden-Württemberg vor, die Kreisumlage zu senken, nämlich um einen Prozentpunkt auf 36,9.

Ich würde mich freuen, wenn es uns, d. h. der Landkreisverwaltung, dem Kreistag und letztlich dem gesamten Ostalbkreis gelingt, diese **neuen Perspektiven** anzunehmen und **neue Kräfte** zu mobilisieren. Ich freue mich jetzt auf eine interessante Haushaltsdiskussion und gute Ergebnisse - hoffentlich auch für das Haushaltsjahr 2026 im Sinne eines gemeinsamen Zielbildes (trotz bevorstehenden Wahlkampfes) - zu erarbeiten und den Haushalt mit großer Mehrheit zu beschließen. Ich bedanke mich bei allen, die an der Haushaltsaufstellung beteiligt waren. Dies sind vor allem die Erste Landesbeamtin, die Dezernenten und Geschäftsbereiche sowie Stabsstellen. Mein ganz besonderer Dank gilt aber wie in jedem Jahr dem Geschäftsbereich Kämmerei sowie vor allem unserem unermüdlichen Kämpfer für die Finanzen des Ostalbkreises, unserem „Finanzminister“ Karl Kurz.



Dr. Joachim Bläse

Landrat